

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Klausurtagung auf dem Petersberg

In einer harmonischen und erfolgreichen Tagung haben die geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen Anfang der letzten Woche bei einem Arbeitstreffen auf dem Petersberg bei Bonn gute Ergebnisse erarbeitet.

Die Bandbreite der behandelten Themen war hoch. Neben einer tiefgreifenden Analyse der Situation in den außenpolitischen Brennpunkten Ukraine und Syrien haben wir etwa ein Beschlusspapier zum finanziellen Verbraucherschutz verabschiedet, Beschlüsse zur Verbesserung der Palliativmedizin getroffen und uns mit der Sicherung der Qualität in der psychiatrischen Versorgung auseinandergesetzt.

Hochinteressante Gespräche haben wir auf dem Petersberg mit unseren Gästen geführt: Zunächst mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi. Von der Bankenunion über den Stresstest bis hin zu den Anleihekäufen haben wir alle Themen besprochen. Äußerst konstruktiv war auch der Austausch mit BDA-Präsident Ingo Kramer und dem designierten DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, mit denen wir u. a. über die abschlagfreie Rente nach 45 Beitragsjahren oder die Frage der Tarifeinheit debattiert haben. Wir können in Deutschland stolz sein auf unsere Form der Tarifpartnerschaft. Die Große Koalition findet in den Tarifpartnern konstruktive Ansprechpartner für die weitere Modernisierung des Landes.

Bürgersprechstunde am 14. Mai in Würselen

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 14. Mai 2014, von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Würselen (CDU-Fraktionsbüro/Erdgeschoss) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab unter 02404/557830 anmelden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Die Lage in der Ukraine ist nach wie vor sehr ernst. Die Situation in diesem europäischen Nachbarland macht uns große Sorgen. Unser Appell an Russland lautet, jede weitere Destabilisierung in der Ukraine zu unterlassen und endlich zur Deeskalation beizutragen. Wenn Russland nicht zu einer Stabilisierung der Ukraine beiträgt und die für den 25. Mai geplanten Präsidentschaftswahlen behindert, sind weitere Sanktionen notwendig.

Wir sind froh und dankbar, dass die von prorussischen Separatisten festgehaltenen Mitglieder der OSZE-Beobachtermission, darunter vier Deutsche, inzwischen freigelassen worden sind und unversehrt zu ihren Familien nach Hause zurückkehren konnten. Die Mission der OSZE-Militärbeobachter fand im Rahmen des so genannten Wiener Dokuments der OSZE statt, sie war international abgestimmt, in Übereinstimmung mit dem von allen OSZE-Mitgliedstaaten unterzeichneten Übereinkommen und erforderlich. Wir haben allen Grund, unseren Soldaten dankbar zu sein und sie nicht zu kritisieren.

Die von Russland vom Zaun gebrochene Krise in der Ukraine führt uns auch vor Augen, dass weder die EU allein noch gar Deutschland isoliert in der Lage wäre, der russischen Machtpolitik wirksam zu begegnen. Daher ist es gut, dass wir in die transatlantische Wertegemeinschaft eingebunden sind und als demokratische Staaten gemeinsam handeln - bei allen Diskussionen um nicht tolerierbares Ausspähen unter Freunden, Stichwort NSA.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Europäischer Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

In der parlamentarischen Debatte anlässlich des seit bereits 22 Jahren stattfindenden Europäischen Aktionstages, der an diesem Jahr auf den 5. Mai fiel, haben wir in dieser Woche wieder einmal unsere Leitlinie unterstrichen: Die Koalition steht für die gelebte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Der Koalitionsvertrag umfasst 20 Maßnahmen in allen Politikfeldern, mit denen wir dieses Leitbild umsetzen wollen. Im Zentrum unseres Bemühens steht dabei die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen, aber auch die Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe.

Beratungen zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

In erster Lesung haben wir in der zurückliegenden Woche umfassende Maßnahmen zur Verminderung des Kostenanstiegs von Strom aus erneuerbaren Energien, deren weiterer Ausbau gleichzeitig gesichert wird, beraten. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält dazu eine Festlegung verbindlicher Ausbaukorridore, einen Abbau von Überförderungen, eine stärkere Marktintegration sowie eine stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage.

Der Regierungsentwurf sendet richtige Botschaften. Für die Erneuerbaren sollen künftig grundsätzlich dieselben Wirtschaftsprinzipien gelten wie für andere Wirtschaftsakteure: Wettbewerb und Eigenverantwortung. Zudem soll das unkontrollierte Wachstum der Vergangenheit beendet werden. Das, was die Energiewende ernsthaft gefährdet, ist ein zügelloser, teurer und marktferner Erneuerbaren-Ausbau, denn das kann sich keine Volkswirtschaft auf Dauer leisten.

Weiteres dringliches Thema der Energiewende ist und bleibt der Netzausbau. Was aber viele nicht sehen oder sehen wollen: Der Leitungsbau hat unmittelbare Relevanz für das EEG. Wir können es uns nicht leisten, Erneuerbaren-Anlagen zu errichten, deren Strom in großem Umfang wegen Netzengpässen abgeregelt werden muss. Darum müssen die Ausbauziele unter dem Vorbehalt entsprechender Fortschritte beim Leitungsbau stehen. Der jährliche Monitoringbericht muss die Netzengpass-Kosten klar ausweisen, und wir müssen dann entscheiden, ob die Ausbauziele anzupassen sind.

Geschäftsklimaindex gestiegen

Der ifo Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im April auf 111,2 Punkte gestiegen (Vormonat: 110,7). Die bisher schon gute Geschäftslage hat sich weiter leicht verbessert. Trotz der Krise in der Ukraine setzt sich die positive Grundstimmung durch. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Geschäftsklimaindex auf den höchsten Wert seit Juli 2011 gestiegen. Die Exportaussichten bleiben weiterhin gut. Die Kapazitätsauslastung ist um fast einen Prozentpunkt auf 84,3 Prozent gestiegen. Auch der Großhandel bewertet die aktuelle Geschäftslage merklich besser und liegt damit auf ähnlichem Niveau wie zuletzt im Frühjahr 2012. Einzig im Einzelhandel hat der Geschäftsklimaindex auf hohem Niveau etwas nachgegeben.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 9

09/14

9. Mai 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)